



Angebot für Kreise in NRW

Beratung & Prozessbegleitung

INZukunft
klusiv  Mit politischer Partizipation zum Kreis für alle.

Gefördert vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW.

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Das Angebot

Beratung und Prozessbegleitung zum Ausbau partizipativer Strukturen

Ein inklusives Gemeinwesen macht Wohnorte attraktiv und steigert die Lebensqualität aller Bürger*innen. Die Entwicklung dieses inklusiven Gemeinwesens gelingt nur mit politischer Teilhabe. Es braucht die aktive Beteiligung insbesondere von Menschen, die in politischen Gremien nach wie vor unterrepräsentiert sind.

Denn ihre Expertise wird oft nicht gehört, ihre Bedarfe nicht gesehen und damit in der kommunalen Planung nicht berücksichtigt. Menschen mit Behinderungen können, als Expert*innen in eigener Sache, wesentliches Wissen zur Ausgestaltung inklusiver Gemeinwesen beitragen.

Wenn Bürger*innen sich in ihrer Diversität einbringen und ihr Lebensumfeld aktiv mitgestalten, bauen sie einen positiven, wertschätzenden und verantwortungsvollen Bezug zu ihrem Wohnort auf. Das macht ihn lebendig und zukunftssicher.

? Wie können Kommunen effektive politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ermöglichen?

! Besonders für die Kreise ist es eine Herausforderung, eine nachhaltige und effektive Lösung zu finden. Die Nachfrage nach qualifizierter Beratung und Unterstützung ist daher groß.

Das neue Projekt bietet ausgewählten Kreisen eine dreijährige intensive Prozessbegleitung zur Entwicklung partizipativer Strukturen:
passgenau, bedarfsorientiert und systematisch.

Machen auch Sie sich mit uns auf den Weg in eine inklusive Zukunft!

Gesetzliche Vorgaben

Kommunen und Kreise müssen politische Partizipation ermöglichen. Das Projekt "In Zukunft inklusiv." zeigt, wie es geht und unterstützt prozessbegleitend.

Jede Kommune ist verpflichtet per Satzung festzulegen, wie sichergestellt wird, dass die Belange der Menschen mit Behinderungen vor Ort gewahrt werden.

Die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen auch auf örtlicher Ebene ist eine Aufgabe von wesentlicher Bedeutung sowohl für die volle, wirk-same und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als auch für die selbstbestimmte und selbstständige Lebensführung, die Wahrnehmung der Menschen mit Behinderungen als Teil menschlicher Vielfalt sowie für den Schutz vor Diskriminierungen und Benachteiligungen. **Das Nähere zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen bestimmen die Gemeinden und Gemeindeverbände durch Satzung.**

§ 13, Absatz 1, BGG NRW
[Hervorhebungen durch das Projektteam]

Eine naheliegende und gute Lösung sicherzustellen, dass die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen verlässlich gelingt, ist die Bildung besonderer Vertretungen oder die Bestellung von Beauftragten.

Die Gemeinde kann zur Wahrnehmung der spezifischen Interessen von Senioren, von Jugendlichen, von Menschen mit Behinderung oder anderen gesellschaft-lichen Gruppen besondere Vertretungen bilden oder Beauftragte bestellen.

§27a, GO NRW, Interessenvertretungen, Beauftragte

Kommunen sind zudem rechtlich dazu verpflichtet, die Gründung von Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen und zu unterstützen.

Die Träger öffentlicher Belange wirken aktiv auf ein Umfeld hin, in dem Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend an der Gestaltung der inklusiven Lebensverhältnisse mitwirken können. Dabei sollen Menschen mit Behinderungen darin unterstützt und ermutigt werden, ihre Vereinigungsfreiheit wahrzunehmen, ihre eigenen Kompetenzen zu stärken, in ihren eigenen Angelegenheiten selbstständig und selbstbestimmt tätig zu werden, sowie ihre Interessen zu vertreten. **Wesentlich hierfür sind insbesondere Organisationen von Menschen mit Behinderungen, die sie auf Landesebene und kommunaler Ebene vertreten, sowie geeignete unabhängige Beratungs- und Unterstützungsstrukturen.**

§ 9, Absatz 3, IGG NRW
[Hervorhebungen durch das Projektteam]





Das sagen

Selbstvertreter*innen aus NRW



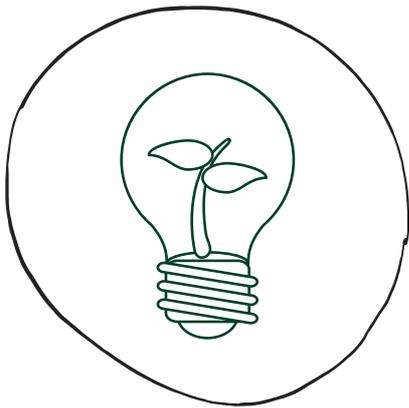
Jede Meinung und jede Kompetenz ist wichtig und jeder kann etwas Hilfreiches beitragen. Nur so können Teilhabe, Selbstbestimmung und Inklusion auf allen Ebenen selbstverständlich werden.

Michael Biesewinkel



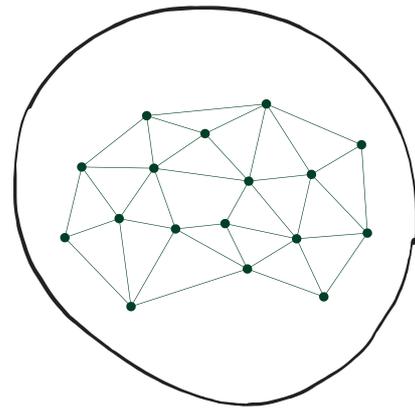
Die Ziele im Überblick

Gemeinsam mit den Verantwortlichen und den Bürger*innen im Kreis werden **nachhaltige**, **effektive** und **flächendeckende** Lösungen erarbeitet und Strukturen etabliert, die Partizipation von Menschen mit Behinderungen sowohl auf Kreisebene als auch innerhalb der angehörigen Gemeinden ermöglichen.



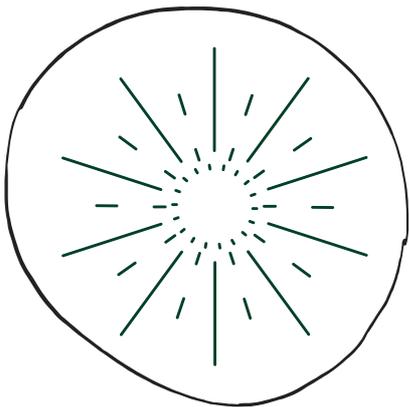
nachhaltig

Die partizipativen Strukturen bleiben auch nach Projektende erhalten und entwickeln sich weiter, weil sie passgenau in den örtlichen Strukturen verankert werden.



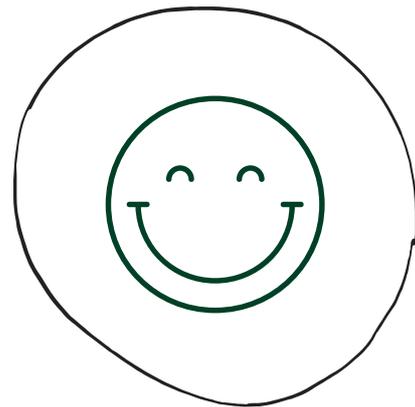
flächendeckend

Ein kreisweites, flächendeckendes Netzwerk von gleichwertigen politischen Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen wird entwickelt.



effektiv

Eine erfolgreiche Gestaltung des inklusiven Gemeinwesens gelingt, wenn die politische Beteiligung wirksam ist. Effektive Beteiligung bedeutet auch, dass dadurch Inklusion als Querschnittsthema bei allen Entscheidungsprozessen vor Ort regelmäßig und verbindlich berücksichtigt wird.



Freude...

...an einem guten Miteinander und der gemeinsamen Gestaltung eines inklusiven Lebensumfeldes.

Gewinne für die Teilnehmer-Kreise

Als Projektteilnehmer-Kreis erlangt ihr Kreis Modellcharakter und ihre Vorgehensweise wird öffentlichkeitswirksam beworben. Ihr Kreis wird also als Vorbild positiv wahrgenommen, in NRW und auch bundesweit.

Bürger*innen übernehmen Verantwortung für die Gestaltung ihres Wohnorts, erleben Zugehörigkeit und Identifikation und bauen einen positiven Bezug zu ihrem Umfeld auf.

Sie erhalten fachlich fundierte und für den Kreis kostenneutrale Beratung und Unterstützung bei der Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben.

Barrieren und Verbesserungsbedarfe werden besser ausfindig gemacht und passende Lösungen entwickelt.

Zugewinn an Lebensqualität für alle Bürger*innen im Kreis.

Den Teilnehmer-Kreisen bietet sich die Chance, sich modern und innovativ für die Zukunft aufzustellen.



Angebote für die Teilnehmer-Kreise



Kontinuierliche und für den Kreis passgenaue Beratung und Prozessbegleitung



Erfahrungswissen, Netzwerke und Fachkompetenz



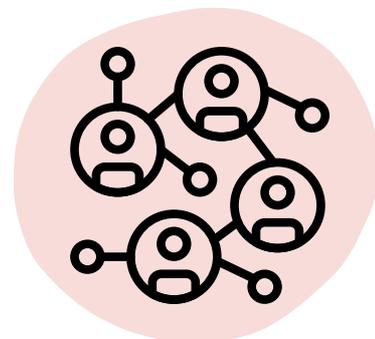
Weiterbildungsangebote für die Prozessverantwortlichen im Kreis: 4-tägige Basis-Schulung, Workshops und Coaching nach Bedarf



Mögliche Zielkonflikte werden unter Beteiligung verschiedener Personengruppen moderiert ausgehandelt. Gemeinsam werden pragmatische Kompromisse gefunden



Zukunftsworkshops: moderierte Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Selbstvertreter*innen zur Erarbeitung von passgenauen Lösungen für den Kreis



Koordinierte Netzwerkarbeit: Moderierte Austauschtreffen für die Teilnehmerkreise



Ihr Kreis als Vorreiter

Der Kreis hat eine besondere Rolle und Verantwortung, wenn es darum geht, gleichwertige Strukturen in den angehörigen Gemeinden und Städten zu fördern. Durch die Entwicklung effektiver Teilhabe-Strukturen auf Kreisebene agiert er als Vorbild.

In seiner koordinierenden Rolle bündelt der Kreis das Wissen und stärkt den Austausch, die Vernetzung und die Zusammenarbeit mit den angehörigen Gemeinden und Städten.

Mit der Unterstützung des Projektangebots bietet sich die Chance, flächendeckend, d.h. auf allen Ebenen, partizipative Strukturen zu schaffen.



Das sagen

Selbstvertreter*innen aus NRW



Ich denke, die Interessenvertretung für den Landkreis müsste vor allem zwei Dinge leisten. Einerseits sollte sie natürlich in den Ausschüssen und im Kreistag vertreten sein. Andererseits sollte sie als überörtliche Plattform und Anlaufstelle agieren. An sie sollen sich Menschen wenden können, die Informationen zu den unterschiedlichsten Themenbereichen benötigen. Beispielsweise in Fragen, wie man Verbesserungen im Bereich ÖPNV hinbekommt, öffentliche Gebäude barrierefrei (um-)baut oder auch zu rechtlichem Aspekten, wie dem Bundesteilhabegesetz.

Christiane Bernshausen



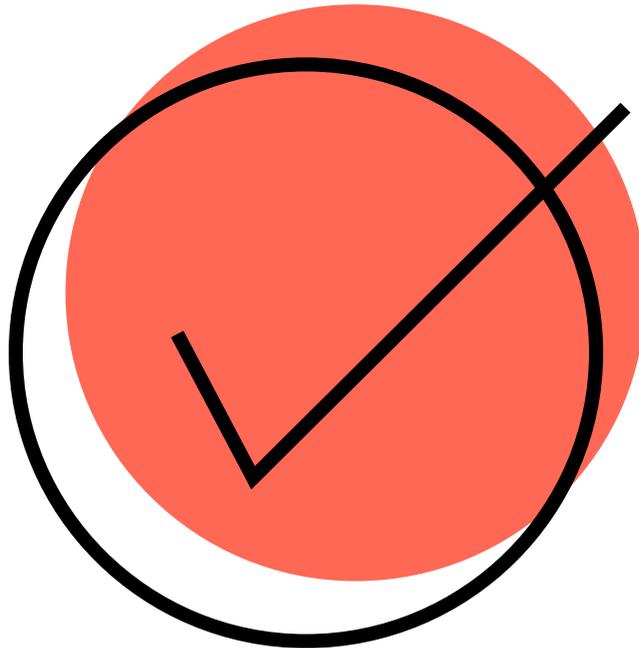
Teilnahme-Kriterien

Ihr Kreis wird bei der Bewerbung vorrangig berücksichtigt, wenn:

- ✓ es in Ihrem Kreis noch keine in der Kommunalpolitik etablierte politische Interessenvertretung in Form eines Gremiums (z.B. Beirats o. Ä.*) von Menschen mit Behinderungen gibt.

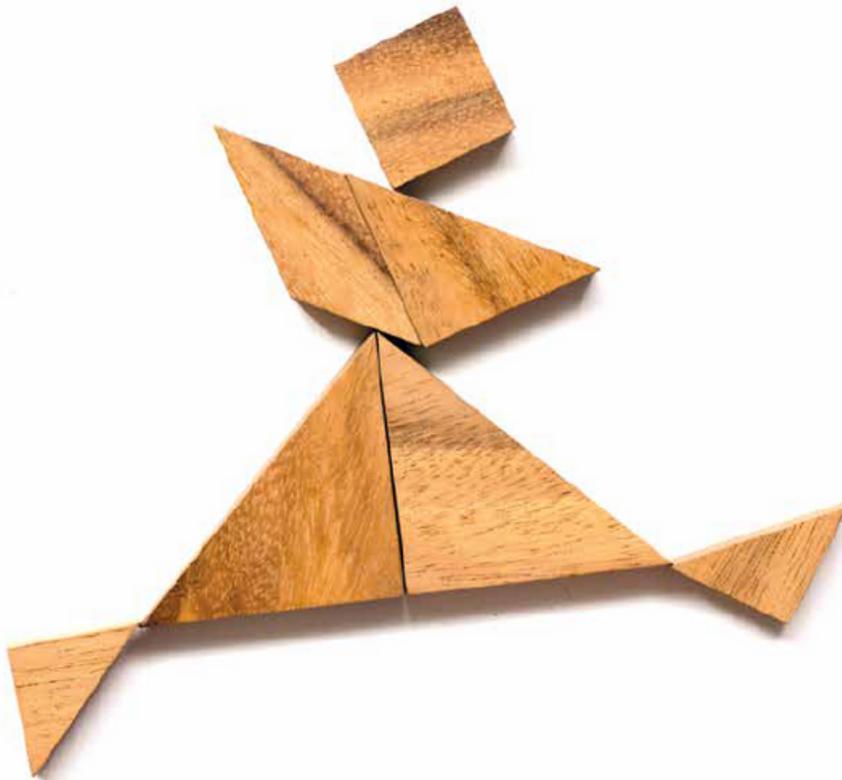
Und:

- ✓ es in Ihrer Kreisverwaltung noch keine beauftragte Einzelperson gibt, die auch als kommunalpolitische Interessenvertretung agiert.



*In manchen Kommunen übernehmen z. B. Zusammenschlüsse, Runde Tische oder Arbeitsgruppen die Rolle einer politischen Interessenvertretung.

Die Schlüsselfunktion der Kreisbehindertenbeauftragten



Aus neun Jahren Projekterfahrung wissen wir:

Es braucht eine Person, die innerhalb der Kreisverwaltung die komplexe Aufgabe der Entwicklung partizipativer Strukturen verbindlich und federführend voranbringt.

Für einen erfolgreichen Entwicklungsprozess, von dem der Teilnehmer-Kreis tatsächlich profitiert, ist die Einrichtung dieser Stelle wesentlich.

Teilnahme-Bedingungen

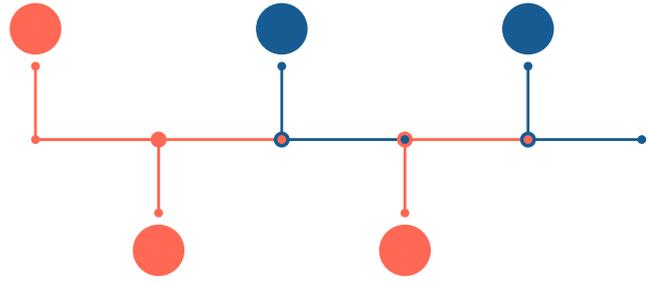


Der Teilnehmer-Kreis steuert den Prozess federführend und übernimmt die Verantwortung für die Ergebnisse und Erfolge vor Ort.



Der Teilnehmer-Kreis bestellt eine*n Kreisbehindertenbeauftragte*n. Diese Stelle muss mit ausreichend zeitlichen Ressourcen ausgestattet sein, damit der Prozess wirksam koordiniert werden kann.





Übersicht: Projekt-Verlauf

Von Juni 2022 bis Frühjahr 2023

- ✓ Informationsveranstaltung und Bewerbungsphase für Kreise zur Teilnahme am Projekt
- ✓ Auswahl der Teilnehmer-Kreise
- ✓ Gemeinsam mit den Teilnehmer-Kreisen: Kennenlernen, Abstimmung und Planung, gemeinsame Zielerfassung, Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung
- ✓ Besetzung der Stelle des*der Kreisbehindertenbeauftragten
- ✓ Auftaktveranstaltung mit Kennenlernen der anderen Teilnehmer-Kreise

Sommer 2023

- ✓ Viertägige Basis-Schulungen für Kreisbehindertenbeauftragte

Winter 2023

- ✓ Zukunftsworkshop: Selbstvertreter*innen und Verantwortliche aus Verwaltung und Politik planen gemeinsam die künftige Zusammenarbeit

Frühjahr 2023

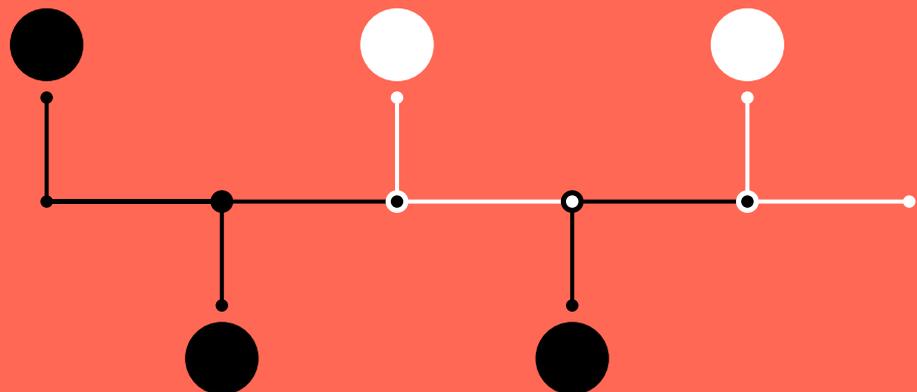
- ✓ Verfassen einer Satzung zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen auf Kreisebene

Winter 2023

- ✓ Ggf. Gründung eines Kreisbehindertenbeirats

Über die gesamte Projektzeit

- ✓ Kontinuierliche Beratung durch das Projektteam bei der Umsetzung von Maßnahmen und Schritten. Zum Beispiel durch die Begleitung von Koordinierungstreffen
- ✓ Unterstützung beim Ausbau von Netzwerken vor Ort zur Förderung der politischen Aktivität
- ✓ Regelmäßige Weiterbildungs-/Coachingangebote



Das sagen



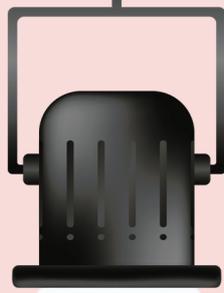
Selbstvertreter*innen aus NRW



Es ist wichtig, dass sich Menschen mit Behinderungen direkt in die Politik einbringen, weil sie am besten ihre Interessen vertreten und genau wissen, was ein Mensch mit Behinderung benötigt.

Maggy Heggen





Ihr Kreis mit Modellcharakter

Öffentlichkeitswirksam bereiten wir Ihre Erfahrungen und Empfehlungen auf, damit ganz NRW an ihrem Beispiel lernen kann, wie Inklusion in der Kommunalpolitik gelingt.

Das sagen



Selbstvertreter*innen aus NRW



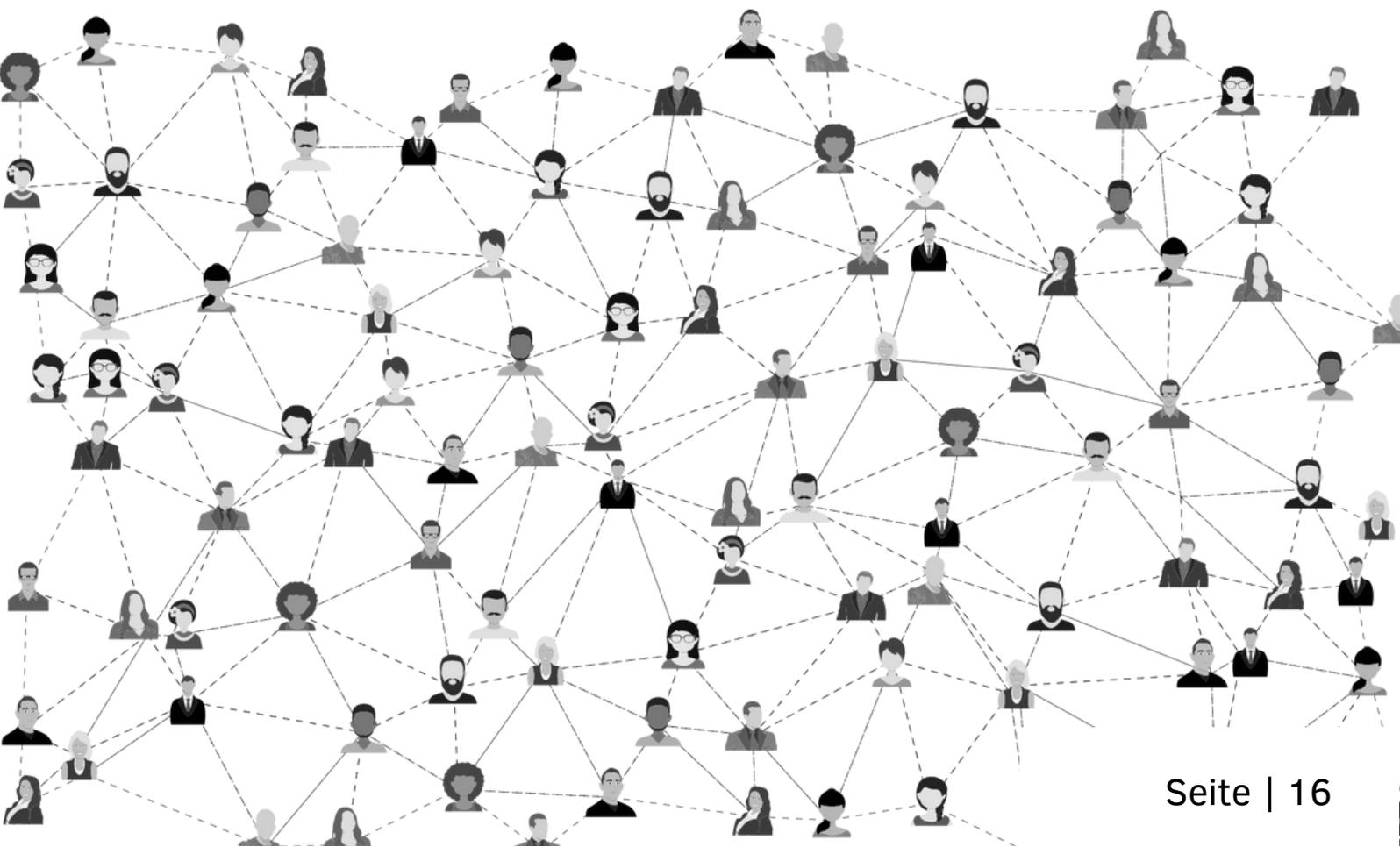
Ich war früher eine Einzelkämpferin. Meine große Hoffnung ist es, dass wir es gemeinsam schaffen, gehört, ernst-genommen und einbezogen zu werden. Ich finde, wir haben sehr viel erreicht, wenn die Barrierefreiheit bei zukünftigen Entscheidungen automatisch mitgedacht wird und keine Besonderheit mehr ist. Die Frage „Müssen wir das denn überhaupt machen?“ sollte sich in Zukunft nicht mehr stellen.

Silke Katzfuß

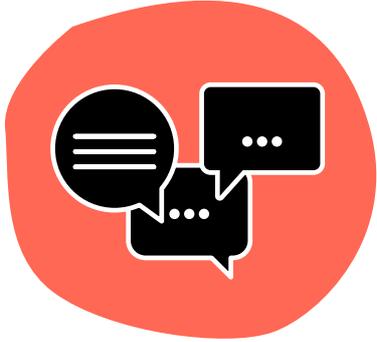


Zweiter Projekt-Schwerpunkt: Wissenstransfer

Die Erfahrungen aus den Prozessen in den Teilnehmer-Kreisen werden in Form von Weiterbildungsprodukten (crossmedial) aufbereitet, damit sie für eigene Initiativen in den Kommunen einen Orientierungs- und Handlungsrahmen bieten und selbstständig genutzt werden können. Dies geschieht stets auf Basis der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse sowie dem gesammelten Erfahrungswissen aus den Vorgängerprojekten.



Wissenstransfer-Angebote



Digitale Austauschtreffen

Moderierter Erfahrungsaustausch und gemeinschaftliche Entwicklung von Lösungen.



Interaktive Checkliste

Selbstcheck und Diskussionsgrundlage:
Wo steht unsere Kommune?



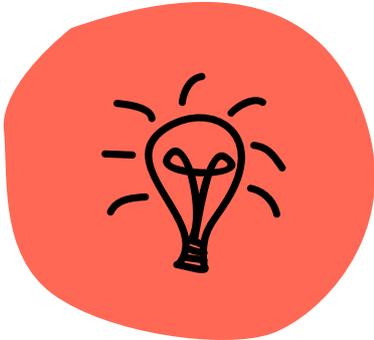
Mustersatzung & Empfehlungen

Wichtige Orientierungshilfe zur Schaffung von Verbindlichkeit.



Online NRW-Karte

Auf einen Blick:
In welcher Kommune gibt es welche Teilhabe-Strukturen und Anlaufstellen?



Weiterbildungs-Material

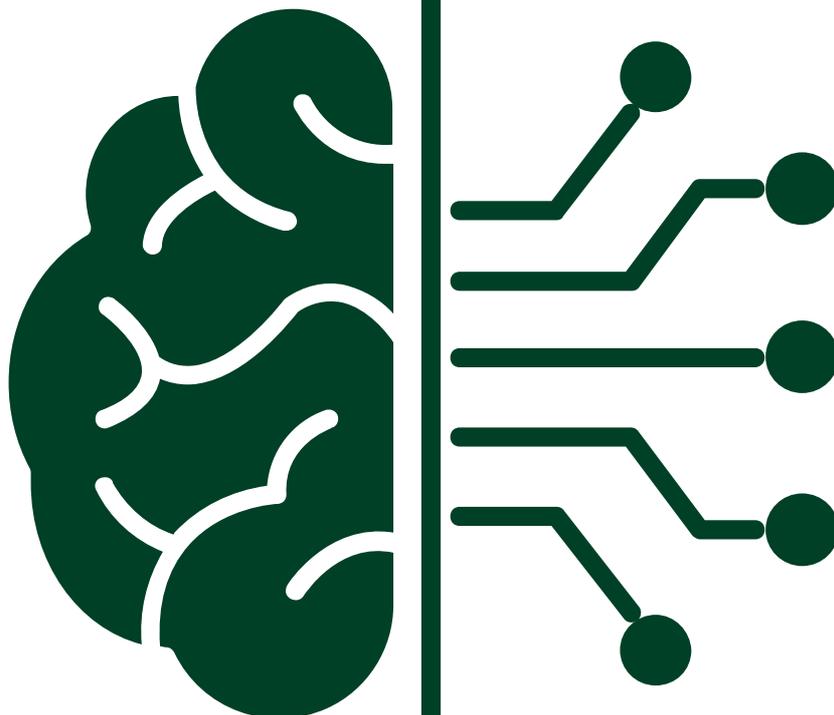
- Vorlagen & Leitfäden
- Erklärvideos
- Prozessberichterstattung via Social Media
- Newsletter
- Website/Blog



Broschüren-Reihe

Verschiedene Zielgruppen:
Selbstvertreter*innen und
Verwaltung/Kommunalpolitik

Auch als Podcast verfügbar!

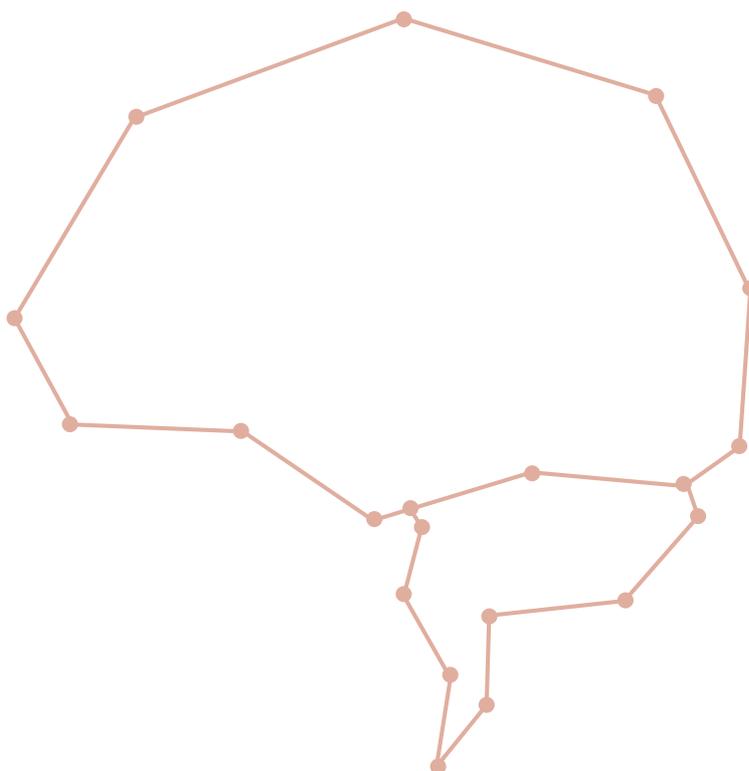


Wissenschaftlicher Hintergrund & langjährige Projekt-Erfahrung

Das Projekt "In Zukunft inklusiv." basiert auf neun Jahren Projekterfahrung zum Thema "kommunalpolitische Partizipation von Menschen mit Behinderungen in NRW".

Sechs Jahre wurden die Projekte durch das Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste der Universität Siegen wissenschaftlich begleitet.

Das neue Projekt steht somit auf einer soliden Basis, die jederzeit Rückgriff auf fundiertes Wissen aus Wissenschaft und Erfahrung ermöglicht.





Das sagen

Selbstvertreter*innen aus NRW



Es ist eine Herausforderung, die verschiedenen Bedürfnisse unter einen Hut zu bekommen: Ein Blinder braucht bei einem Bürgersteig zum Beispiel zur Orientierung eine Kante und die Rollstuhlfahrerin verzweifelt dran. Hier den richtigen Weg für alle zu finden, ist eine Herausforderung. Es ist manchmal schwierig, aber es ist auch gleichzeitig interessant und das Miteinander lässt uns menschlich näher zusammenwachsen.

Hildegard Mang



Ihre Ansprechpartnerinnen

Das Projekt-Team besteht aus drei wissenschaftlichen Referentinnen, die aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven das Thema beleuchten und somit zu vielfältigen Fragestellungen beraten können.



Merle Schmidt, M.A.

Als Projektleitung ist Merle Schmidt für die Koordinierung verantwortlich. Sie bringt langjährige Erfahrung in der Projekt- und Netzwerkarbeit, der Erwachsenenbildung und Beratung sowie der Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit mit. Intensiv befasst hat sie sich in ihrem Beruf und Studium der Soziologie und Empowermentstudies mit Menschenrechten und der Herstellung von Selbstbestimmung.



Eva Konieczny, M. A.

Eva Konieczny arbeitete viele Jahre als Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Lehrbeauftragte im Forschungsschwerpunkt der Teilhabeplanung von Menschen mit Behinderungen. Zu einem ihrer Themenschwerpunkte zählt die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen (Promotionsthema) und die Barrierefreiheit. Als Wissenschaftliche Referentin berät sie die Kommunen fachlich fundiert bei der Ausgestaltung partizipativer Strukturen.



Christina Baum, M. A.

Als Referentin für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit hat Christina Baum einen Arbeitsschwerpunkt in der Ausgestaltung des Wissentransfers. Sie greift auf eine langjährige Erfahrung im Bereich PR insbesondere im sozialen und kommunalverwalterischen Kontext zurück und berät die Teilnehmer-Kreise bei der Kommunikation und Schaffung von Sichtbarkeit ihrer partizipativen Prozesse beraten.



Wichtige Rückbindung an die Selbsthilfe

Die Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW als Trägerin

Trägerin des Projektes ist die Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE von Menschen mit Behinderungen und chronischer Erkrankungen und ihren Angehörigen NRW.

Die Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW ist der Interessenzusammenschluss von gut 140 Mitgliedsverbänden behinderter und chronisch kranker Menschen und ihrer Angehörigen für Nordrhein-Westfalen. Sie bündelt Interessen und vertritt diese gegenüber Politik, Verwaltung und weiteren gesellschaftlich relevanten Akteur*innen. Zu ihren Mitgliedern gehören auch 27 örtliche Selbsthilfe-Zusammenschlüsse (Arbeitsgemeinschaften oder Behindertenbeiräte). Sie bringen sich in die Kommunalpolitik und –verwaltung ein, um so partizipative Bedingungen in den Kommunen Nordrhein-Westfalens voranzutreiben.

Durch die Mitgliedsverbände aus ganz NRW verfügt die LAG SELBSTHILFE NRW wie kein anderer Akteur auf Landesebene über die notwendige Rückkopplung an die Bedarfe und Interessen der Betroffenen im ganzen Land.

Mit dieser Rückkopplung an die NRW-weiten Selbsthilfe-Strukturen bietet die LAG SELBSTHILFE NRW dem Projekt-Team einen fundierten und wichtigen Arbeitshintergrund. Dieser ermöglicht den Zugriff auf wertvolles Erfahrungswissen und Expertise. Der direkte Austausch hilft bei der Suche nach konstruktiven Lösungsansätzen.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt: Die Selbsthilfe ist auf Teilhabe ausgerichtet, kann dabei neutral und unabhängig von Fremdinteressen agieren und beraten. Diese Haltung hat auch das Projekt-Team.

Machen Sie sich gemeinsam mit uns auf den Weg in
eine partizipative und inklusive Zukunft?

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen!

Kontakt

Merle Schmidt, Projektleitung

 02 51/ 97 95 63 50

 Merle.Schmidt@lag-selbsthilfe-nrw.de

Eva Konieczny, Wissenschaftliche Referentin

 02 51/ 85 70 39 76

 Eva.Konieczny@lag-selbsthilfe-nrw.de

Christina Baum, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

 02 51/ 85 70 39 76

 Christina.Baum@lag-selbsthilfe-nrw.de



Zum Projekt: www.in-zukunft-inklusiv.de

Zum Thema politische Partizipation: www.politik-fuer-alle.nrw